

Beschlussvorlage

Gremium

Termin

Status

Nr.	2024/Monzin005
Fachbereich	Fachbereich 3 - Natürliche Lebensgrundlagen und Bauen
Sachbearbeiter(in)	Wolf, Michael
Datum	26.01.2024

Aufstellung des Bebauungsplans "Auf der Ley II" - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Hinweis:

Rats-/Ausschussmitglieder, bei denen Befangenheit gemäß § 22 GemO vorliegt, dürfen an der Beratung und Abstimmung nicht mitwirken und müssen sich bei öffentlichen Sitzungen in den Zuhörerbereich begeben bzw. bei nicht öffentlichen Sitzungen müssen sie den Sitzungsraum verlassen.

Sach- und Rechtslage:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Auf der Ley II“ wird erforderlich, um die bauplanungsrechtliche Grundlage zu schaffen, das bisher als landwirtschaftlich genutztes Gelände funktional und gestalterisch in geordneter Form der Wohnnutzung zuzuführen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes soll der kurz- und mittelfristige Bedarf an Wohnbauland in der Ortsgemeinde Monzingen gedeckt werden.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erschließung und Bebauung, d.h. für eine langfristige geordnete Siedlungsentwicklung geschaffen werden. Darüber hinaus wird mit der Realisierung des Plangebietes eine Arrondierung des Ortsrandes erreicht. Der Bebauungsplan wird im Regelverfahren aufgestellt.

Der voraussichtliche Geltungsbereich weist eine Größe von ca. 1,39 ha aus und ist aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich.

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Da der Flächennutzungsplan für einen Teilbereich des Geltungsbereiches „Flächen für die Landwirtschaft“ ausweist, wird zudem die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 S. 1 BauGB erforderlich. Die Ortsgemeinde beantragt die Fortschreibung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren durch die Verbandsgemeinde Nahe-Glan.

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat Monzingen beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans „Auf der Ley II“ im Regelverfahren (Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB).

Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig
____ Ja-Stimmen
____ Nein-Stimmen
____ Stimmenthaltungen

Gez.
Vorsitzende/r